



Wandeler

Haus:
Sport in Oberschlesien

Beste Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

„Wandeler“ erscheint wochentlich, mittags. — Bezugspreis: In Deutsch-Oberschlesien die einpaltige mm-Beile 0,10 GM, im Restland 0,40 GM für auswärtige Anzeigen die einpaltige mm-Beile 0,12 1/2 GM, im Restland 0,50 GM. — Amliche, Finanz- und Seilmitteleinlagen im Industriebezirk 0,20 GM, amliche Anzeigen auswärts 0,30 GM. — In Polnisch-Oberschlesien die mm-Beile 0,10 bzw. 0,40 Zloty. — Angebots- und Auskunftsbewilligung 0,10 GM. — Beilagengebühr 4.— GM %₀₀. Bei gerichtlicher Mitwirkung, bei Akkord oder bei Konkurs fällt jede Rabattbewilligung fort.

Vorbereitungen zur Räumung der Ruhr

Rotterdam, 26. Mai. Die Times melden, in einer Besprechung zwischen Stahmer und Halbaum wurde auch die Frage der Räumung des Ruhrgebietes für das besetzte Gebiet erörtert. In dieser Frage scheint eine Annäherung zwischen dem deutschen und dem englischen Standpunkte sich vorzubereiten.

Politik der Geste

Berlin, 25. Mai. „Wanderer“ hat Poincaré der ausführlichste Bericht über die Verhandlungen für die Präsidentenwahl in der französischen Kammer vorgelegt, es werde notwendig, eine Seite der Humanität zu unternehmen. Er hat sich jedoch nicht darüber äussern, dass es sich um einen Schritt der Schwäche handele. Die deutsche Demokratie Gelegenheit, die Oberhand zu gewinnen, aber es sei notwendig, dass dem französischen guten Willen ein guter Wille entgegengebracht werde. Unterstrichen wird diese Kundgebung durch Mitteilungen aus Kreisen, die dem Minister der französischen Politik, Herriot nahe, wonach die neue Regierung Beschlüsse fassen werde, die eine starke Verhängung der Stimmung herbeiführen zur Folge haben würden. Herriot hat einem Mitarbeiter des „Wanderer“ eine Erklärung gegeben, in der er betont, dass die deutsche Regierung das Vertrauen zu ihm gewonnen, dass er guten Glaubens sei und dass er seinen Willen an einer Verständigung zeigen werde.

Wirkung der Gehaltserhöhungen

Forderungen der Arbeiterchaft
Berlin, 26. 5. (Eigener Drahtbericht) Nachdem die Beamtengehälter auf rund 80% des Vorkriegsstandes erhöht worden sind, haben die Betriebsräte der Berliner Industrie gestern Abend die prozentuale gleiche Erhöhung der Löhne für die Arbeiterchaft gefordert. Über die Forderungen sollen bis Donnerstag Urabstimmungen in den Fabriken stattfinden. Auch die städtischen Arbeiter und die Arbeiter der Deutschen Werke in Spandau haben 35% Lohn-erhöhungen beschlossen, die rückwirkend ab 15. Mai verlangt werden.

Das Schicksal der Eisenbahn

Der Ausbruch der Entente beginnt.
A. Berlin, 24. Mai. Während die Parteien um die Zusammensetzung des neuen Reichskabinetts ringen, eines Kabinetts, das verantwortlich für die endgültige Reparationslösung sein soll, hat die bisherige Regierung Marz bereits das ihrige getan. In wochenlangem Bo-arbeit wurde das Material gesammelt, das für die ersten Verhandlungen mit den Alliierten erforderlich ist. Diese Verhandlungen sind nach so vielen misglückten Konferenzen nicht wieder ein nebelhafter Traum, sondern eine ganz nüchterne Tatsache. Sie werden betrieben vom Eisenbahnausschuss und vom Ausschuss für die Industrieobligationen. Für den Eisenbahnausschuss sind vier deutsche Vertreter nach Paris entsandt worden. Die Verhandlungen werden bis zum Ende des Monats fortgesetzt, worauf sich die Deutschen nach Berlin zurückbegeben werden, um hier den endgültigen Plan für das neue Statut der Reichsbahn aufzusetzen. Ueber den sachlichen Inhalt der Verhandlungen wird vorläufig keine nähere Angabe gemacht. Aber man weiß ja allgemein, um was es sich handelt. Die gesamten deutschen Eisenbahnen werden an eine internationale Aktiengesellschaft übertragen, die mit 11 Milliarden Goldmark 5prozentiger und 1 Prozent jährlich tilgbarer Obligationen zu gunsten der Reparationen belastet wird. Ausschlaggebende Instanz für die künftige Verwaltung der Reichsbahn wird der Verwaltungsrat, dessen Mitglieder zur Hälfte von der deutschen Regierung, zur anderen Hälfte von den Fremdländern der Repts ernannt wird, daneben der Kommissar, auf dessen Ernennung die deutsche Regierung wiederum keinen Einfluss hat. Wir wollen nur an die Warnungen erinnern, die Helfferich kurz vor seinem tragischen Tode niederschrieb. Helfferich bezeichnete es als „ungeheuerlich“, dass der Eisenbahnkommissar der Entente berechtigt sei, die Stelle des Generaldirektors einzunehmen, die Tarife nach seinem Gutdünken zu erhöhen, Gehälter zu kürzen, Beamten-Abbau weiter auszudehnen, ja das ganze Reichsbahnnetz oder beliebige Teile davon zu übernehmen oder zu verpachten. Die Belastung der Reichsbahn zugunsten der Reparation betrage jährlich 950 Millionen Goldmark, also erheblich mehr als der gesamte Reinertrag der deutschen Eisenbahnen in den besten Vorkriegsjahren. Das könne nicht mehr herausgemittelt werden, selbst wenn man die deutschen Eisenbahnen durch chinesische Kulis ersetzte. Und das schlimmste: Die Reparationsgläubiger könnten, auf ihren neuen Schein pochend, aus der ganzen Reichsbahn das Beste machen, was Franzosen und Belgier aus den Eisenbahnen des besetzten Gebietes gemacht haben: Ruinen. Das war sehr scharf. Aber der neue Reichstag, in dem die Partei Helfferichs eine größere Rolle als bisher spielt, wird wohl kaum in das andere Extrem verfallen und die Bedenken auf die leichte Schulter nehmen. Die Hauptsache ist, dass die Regierung mit den deutschen Wirtschaftsmächten einig geht und den Blick aufs Ganze nicht verliert. Möge aus dem leidigen Parteienstreit in der nächsten Woche eine gestärkte Regierung hervorgehen!

Die Partei-Regierung

Berlin, 26. Mai. (Eig. Ber.) Die politische Lage hat sich seit Sonntag wenig verändert. Die Politikler sind von Berlin abwesend, um mit ihren Wählern in Verbindung zu treten. Die Regierung Marz soll nach Ansicht des Senats erst nach den nächsten Besprechungen am Montag Abend Beschlüsse fassen, ob die tatsächlich zurücktritt, oder ob sie vor dem neuen Reichstag erscheinen soll.

Der russische Streitfall

Ob. Berlin, 26. Mai. (Eig. Ber.) Am Sonntag sind durch die Berliner Polizei weitere 3 Mitglieder der Sowjet-Handelsvertreter, die sämtlich deutsche Reichsangehörige sind, festgenommen worden und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. In der Beurteilung der Beziehungen zu Sowjet-Russland hat sich eine Wendung innerhalb der Reichsregierung angebahnt, nachdem die bisherigen volkswirtschaftlichen Feststellungen und das Gekränknis eines der Verhäteten einwandfrei ergeben haben, dass in der Sowjet-Handelsvertretung seit Jahresfrist alle politisch gesuchten Kommunisten (Kandida dort Wohnung gehabt und hier die Geheimversammlungen der revolutionären Ob- leute während der Unruhen des letzten Jahres abgehalten wurden.

Umfall der Demokraten

Berlin, 26. Mai. (Eig. Ber.) Der Fortgang der Parteibesprechungen ist auf Montag 10 Uhr anberaumt. Bis Abgang dieses Berichtes lagen keine weiteren Referate der Annäherung vor, als dass die Minorität der Demokraten ihre bisherige Stellungnahme, ohne Zuziehung der Sozialdemokraten keiner Regierungskoalition beizutreten, durch Fraktionsbeschluss aufgegeben hat. Der deutschnationale Tag behauptet, dass der Rücktritt des Kabinetts Marz-Stresemann entgültig für Dienstag oder Mittwoch vorgezogen sei, was vom Zentrum und der deutschen Volkspartei bestritten wird.

Auch Holland rüstet

Ob. Köln, 26. Mai. (Eig. Ber.) Der Amsterdamer Telegraph meldet: Die Niederländische Regierung hat sich entschlossen, die Flotte um 8 Einheiten zu vermehren und 22 Luftschiffe, der zu Landesverteidigungszwecken in einem Nachtragsetat zu veranlassen.

Kampftage der Sozialisten

Ob. Berlin, 26. Mai. (Eig. Ber.) Wie wir erfahren, haben gestern Abend Vertreter der Sozialdemokraten dem bisherigen Reichstagsler Marz erklärt, dass sie eine rechtsorientierte bürgerliche Regierungskoalition mit den schärfsten parlamentarischen Mitteln bekämpfen werden. Infolge dieses Vorstoßes der Sozialdemokraten stellt man in Berliner parlamentarischen Kreisen die Lage wieder als pessimistisch an und befürchtet, dass die latente Regierungskrise fortbauern werde, wie beim alten Reichstag.

Sicherheit! Sicherheit!

(-) Basel, 26. Mai. Sabas meldet, der Präsident der Republik hat am Freitag den Marschall Hoch als Vorsitzenden des alliierten Militärates empfangen. Der Marschall überreichte dem Präsidenten ein Memorandum, das die Frage der Sicherheit der Besatzungsarmee behandelt.

Spaltung der Industriellen

Berlin, 26. Mai. (Eig. Ber.) Die neugegründete Vereinigung der Industriellen hat gestern der Reichsregierung ein ausführliches ausgearbeitetes Gutachten gegen die Annahme der Expertenbeschlüsse überreicht. Die Vereinigung beruft sich auf die Zugehörigkeit von 3. Zt. 660 führenden Industriellen des Reiches.

Rumänen schlaffertig

Ob. Zürich, 26. Mai. (Eig. Ber.) Laut einer Zukarester Meldung des Corriere della Sera vom Freitag ist die Mobilisierung des rumänischen Meeres beendet. Fast das gesamte rumänische Meer ist in Beharabens konzentriert. Der Korrespondent meldet weiter, dass das rumänische Innen-Ministerium die Verhörde zur Bildung von Bürgerwehren anfordert habe behufs Abwehr russischer Irregularer.

Vorkoß gegen die Kommunisten

Ob. Genf, 26. Mai. (Eig. Ber.) Echo de Paris meldet aus Düsseldorf: Die Befetzungsbehörde verfügte die Auflösung der kommunistischen Hundertschaften im Ruhrgebiet, die sich in Oberhausen und Ruhrort gebildet hatten.

Deutsch-polnische Gegensätze

Ob. Wien, 26. Mai. (Eig. Ber.) Wie die „Reichspost“ meldet, stehen die deutsch-polnischen Verhandlungen nicht günstig. Nach fast dreiwöchiger Dauer der Verhandlungen war nicht einmal in den Grundzügen eine Uebereinstimmung erzielt worden.

Wieder 22 Millionen Goldmark!

Ob. Genf, 26. Mai. (Eig. Ber.) Der Temps meldet, dass am Freitag eine weitere deutsche Kontozahlung von 22 Millionen Mark für die Weisungsarbeiten durch die Kriesskosten-Kommission überwiesen worden ist.

Stahmer bei Macdonald

R. Rotterdam, 25. Mai. (Eig. Drahtb.) Die Morningpost meldet, der deutsche Botschafter war gestern früh bei Lord Macdonald. Die Verlaute, war der Besuch von Macdonald gewinnhaft, der über die Stellungnahme des deutschen Parlaments zu dem von der deutschen Regierung angenommenen Expertenbericht informiert zu sein wünschte.

Sozialisten bei Hofe

Rotterdam, 26. Mai. (Eig. Drahtb.) Daily Chronicle meldet: In einem der letzten Tage sind die Frauen und Töchter der Minister Macdonald, Thomas und Snowden auf dem ersten Dampfer der Saison erschienen, trotz der schärfsten Kritik, die das Verhalten der Minister in den Reihen der Partei gefunden hat.

Deutschlands Rüstungen

Die Lügen der „Daily Mail“.
Berlin, 23. Mai. Die englische „Daily Mail“, in London seit langem unter dem Schmelznamen „Täglicher Lügner“ bekannt, haben mit einer Artikelserie begonnen, die von lügenhaften Erfindungen über angebliche deutsche Rüstungen geradesu trotz. Offiziellherweise trägt das französisch-englische Wort so plump auf, dass kein leidlich unterrichteter Politiker auf den Schwindel hereinfallen wird. Nachlässig spielt in der Phantastie der „Daily Mail“ die angebliche schwarze Reichswehr, die technische Nothilfe und ein wahrer Nervenkitzel von Turnierfesten, Sportverbänden und Jugendverbänden die Hauptrolle. Aber man geht weiter und behauptet sogar, dass im Reichsministerium des Innern über ganz Deutschland hin Büros für die künftigen

Fortsetzung der Poincarépolitik?

Ob. Genf, 26. Mai. (Eig. Ber.) Der nationale der französischen Kammer hielt gestern eine Sitzung ab. Er hat, dem Journal zufolge, beschloß, keine Unterstützung eines radikalen Kabinetts vor der vorherigen Zustimmung Herrriots, die wirtschaftliche Reparationspolitik Poincarés selbstständig zu machen. Herrriot hat sich bereit, mit den Vertretern des nationalen Blocks einen Vertrag nach seiner Rückkehr aus Lyon zu unterzeichnen.

Die Frage der Rentenverteilung

Ob. Genf, 26. Mai. (Eig. Ber.) Wie der Temps meldet, hat die Reparationskommission am Freitag eine Beratung der Reparationsfrage bis nach der Bildung der neuen französischen Regierung verschoben.

Die deutsche Regierung

Ob. Berlin, 26. Mai. (Eig. Ber.) Die politische Lage hat sich seit Sonntag wenig verändert. Die Politikler sind von Berlin abwesend, um mit ihren Wählern in Verbindung zu treten. Die Regierung Marz soll nach Ansicht des Senats erst nach den nächsten Besprechungen am Montag Abend Beschlüsse fassen, ob die tatsächlich zurücktritt, oder ob sie vor dem neuen Reichstag erscheinen soll.

Die deutsche Regierung

Ob. Berlin, 26. Mai. (Eig. Ber.) Die politische Lage hat sich seit Sonntag wenig verändert. Die Politikler sind von Berlin abwesend, um mit ihren Wählern in Verbindung zu treten. Die Regierung Marz soll nach Ansicht des Senats erst nach den nächsten Besprechungen am Montag Abend Beschlüsse fassen, ob die tatsächlich zurücktritt, oder ob sie vor dem neuen Reichstag erscheinen soll.